

Stadt	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Anwesende

Frau Kirsten Oberste-Kleinbeck
 Frau Marita Wolter
 Frau Beatriks Brands
 Herr Rene Derksen
 Herr René Pascheberg
 Frau Dorothee Radtke
 Frau Yannah Werner
 Herr Jochen Kamps
 Frau Anja Kösling
 Herr Ercan Telli
 Herr Hans Josef Tscharke
 Herr Helmut Bennewa
 Frau Karin Dubbert
 Herr Eugen Lenz
 Herr Ludgerus Breuckmann
 Frau Kathrin Lösken
 Frau Bürgermeisterin Stefanie Opitz
 Herr Sebastian Girrullis
 Frau Heike Hansen
 Herr Jörg Pusch
 Frau Andrea-Cora Walther
 Herr Hans-Otto Runkler

Abwesende

Frau Ulrike Willing-Spielmann
 Frau Sonja Bongers
 Herr Siegfried Lampe

Stadt	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Verwaltung

Frau Elke Münich
 Herr Frank Bohnes
 Herr Udo Spiecker
 Frau Britta Costecki
 Frau Annette Gleibs
 Herr Dr. Henning Karbach
 Frau Dr. Andrea Neumeyer-Sickinger
 Herr Christian Sauter
 Herr Jürgen Jäschke
 Herr Dieter Schäfer
 Frau Heike Veenhues
 Herr Andreas Beulshausen
 Frau Kornelia Kruck
 Herr Thomas Willecke
 Frau Susanne Schmitz-Freihoff
 Frau Dorothea Albrecht

Gäste

Herr Dennis Lotz SPD-Fraktion
 Herr Patrick Brenger SPD-Fraktion

Außerdem

weitere Gäste
 Vertreter der Medien

Stadt Oberhausen	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Tagesordnung:

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1 Berichte

- 1.1 Mündlicher Bericht zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen
- 1.2 Fortschreibung des Handlungskonzeptes Flüchtlinge in Oberhausen
- Kapitel 5.6: Gesundheit für Flüchtlinge;
hier: Sachstand: Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Asylbe-
werber und Asylbewerberinnen
Vorlage: M/16/2863-01
- 1.3 Präventionsprojekte im Gesundheitswesen
Vorlage: M/16/2823-01
- 1.4 2. Quartalsbericht 2017 des Eigenbetriebs ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhau-
sen
Vorlage: M/16/2867-01

2 Vorberatungen

- 2.1 Konzeptionelle Entwicklung des Gebäudekomplexes an der Siepenstr. 30
Vorlage: B/16/2876-01

3 Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung

- 3.1 Antrag der CDU-Fraktion: "Sachstandsbericht Pflegeheime in Oberhausen"

4 Mitteilungen der Verwaltung

Stadt	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Frau Oberste-Kleinbeck begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Gäste und die Presse sowie die neuen Mitglieder des Sozialausschusses, Frau Lösken sowie Herrn Girrullis. Eine Vereidigung der neuen Mitglieder für die Wahlperiode 2014 bis 2020 ist nicht erforderlich, da diese bereits in anderen Ausschüssen durchgeführt wurde.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 31.05.2017 bestehen keine Einwände.
Die Einladung sowie die Unterlagen sind allen Mitgliedern des Sozialausschusses form- und fristgerecht zugegangen.

Herr Lampe wird wegen Krankheit entschuldigt.

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die 21. Sitzung des Sozialausschusses mit den vorgenannten Änderungen.

I. ÖFFENTLICHER TEIL

1. Berichte

1.1. Mündlicher Bericht zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen

Herr Bohnes berichtet über den derzeitigen Stand. Zurzeit werden 1.732 Flüchtlinge mit Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz versorgt. Ca. 62 % der Flüchtlinge wohnen in privatem Wohnraum.

Seit März 2017 erfolgen kaum noch Zuweisungen. Da die Stadt Oberhausen die Quote des Erfüllungsgrades mit 120 % erfüllt, ist bis zum Ende des Jahres mit keinen Zuweisungen zu rechnen.

Derzeit unterhält die Stadt Oberhausen 10 Standorte, die zu ca. 68 % ausgelastet sind. Daher ist angedacht, die Kapazitäten an die gegenwärtige Situation schrittweise anzupassen.

Zum 30.09.2017 wird der Standort an der Düppelstraße ruhend gestellt, um dort die laufenden Betriebskosten einzusparen.

Herr Bohnes macht auf das Patenschaftskonzept der Fachverwaltung aufmerksam. Flüchtlinge werden in diesem Rahmen durch ehrenamtliche Paten in der Alltagsbewältigung unterstützt. Neben der Vermittlung von Patenschaften ist hierbei auch die Begleitung der Paten durch Beratung und Fortbildung vorgesehen.

Interessenten können sich bei Frau Bendorf, Hagelkreuzstraße 101 oder unter der Telefonnummer 62921-154 informieren.

Stadt	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
Oberhausen	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Herr Telli merkt an, dass das Team Sozialarbeit eine wichtige Aufgabe bei der Betreuung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge erfüllt. Die in schwierigen Zeiten etablierte Personalresource sollte auch über den Zeitraum des Leistungsbezuges nach dem AsylbLG zur Verfügung stehen.

Frau Walther unterstützt den Vorschlag, da die Integrationshilfe nicht allein durch das Ehrenamt geleistet werden kann, sondern auch durch das Hauptamt unterstützt werden muss.

In diesem Zusammenhang erachtet Herr Tscharke ein Konzept, welches die Aufgaben hinsichtlich der Betreuung und Integration der geflüchteten Personen beschreibt, als erforderlich.

Herr Runkler weist darauf hin, dass Oberhausen in der Bewältigung der Aufgaben in der Flüchtlingskrise immer führend war und geht davon aus, dass auch weiterhin die zu erwartenden Aufgaben in gleichbleibend hoher Qualität erfüllt werden, was nur mit ausreichend städtischem Personal gelingt.

Frau Münich berichtet, dass sich die Verwaltung mit diesem Thema befassen wird und einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten wird. Sie erinnert daran, dass die Zahl der Sozialarbeiter gekoppelt ist an die Zahl der Flüchtlinge im AsylbLG. Steigende Zahlen haben zu einer Steigerung der Anzahl der Sozialarbeiter geführt. Sinkende Flüchtlingszahlen im AsylbLG bedeutet, dass auch über eine Reduzierung der Sozialarbeiter gesprochen werden muss.

Frau Oberste-Kleinbeck stellt zusammenfassend einen entsprechenden Bericht als Auftrag an die Verwaltung fest.

**1.2. Fortschreibung des Handlungskonzeptes Flüchtlinge in Oberhausen
- Kapitel 5.6: Gesundheit für Flüchtlinge;
hier: Sachstand: Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für
Asylbewerber und Asylbewerberinnen
Vorlage: M/16/2863-01**

Frau Oberste-Kleinbeck teilt mit, dass der Bericht im Integrationsrat erst in der kommenden Sitzungsfolge behandelt wird.

Frau Opitz war erfreut, dass die Stadt Oberhausen trotz der desolaten wirtschaftlichen Lage den Weg der elektronischen Gesundheitskarte gegangen ist. Nun ist sie überrascht über die in dem Bericht gemachten Aussagen. Eine Ausstellung von Behandlungsscheinen sieht sie als Diskriminierung an.

Herr Tscharke hatte bei Einführung der eGK durchaus Bedenken aufgrund der prognostizierten hohen Kosten. Durch den Bericht wurde die Prognose bestätigt. Er schlägt vor, andere Möglichkeiten zu prüfen.

Herr Bohnes berichtet, dass die eGK mit hohen Erwartungen eingeführt wurde, die nicht erfüllt werden konnten. In der Vergangenheit wurden Behandlungsscheine unaufgefordert zugestellt.

Stadt Oberhausen	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

Zu Zeiten der eGK mussten Flüchtlinge teilweise einen Monat auf die Übersendung der Karte warten und in der Zwischenzeit bei der Krankenkasse einen Behandlungsschein abholen. Ein weiteres Defizit der eGK sind die hohen Verwaltungskosten, die an die Krankenkasse zu leisten sind.

Eine Änderung der Rahmenvereinbarung ist zum 01.01.2018 geplant; es besteht zu dem genannten Zeitpunkt die Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Sonderkündigung, die bis zum 30.11.2017 zu erklären ist.

Herr Runkler hatte sich einen leichteren Zugang der Flüchtlinge zum Gesundheitssystem sowie eine deutliche Kostensenkung in Anlehnung an das Bremer Modell vorgestellt.

Frau Walther hatte mit der Einführung der eGK Erleichterungen für die Flüchtlinge erwartet. Da diese Erwartung nicht erfüllt wurde und aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes sieht sie die eGK nicht mehr als praktikabel an.

Frau Münich teilt mit, dass sich der Verwaltungsvorstand bereits mit der eGK befasst hat, jedoch eine Beurteilung aufgrund der geringen Laufzeit -durch die Krankenkasse wurden bisher lediglich zwei Quartalsabrechnungen übersandt- noch zurückgestellt wurde.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.3. Präventionsprojekte im Gesundheitswesen Vorlage: M/16/2823-01

Herr Runkler bittet, die Vorlage auch dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen, da Kernaussagen zu Personen im Kindesalter getroffen werden.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

1.4. 2. Quartalsbericht 2017 des Eigenbetriebs ASO Alteneinrichtungen der Stadt Oberhausen Vorlage: M/16/2867-01

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Stadt Oberhausen	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

2. Vorberatungen

2.1. Konzeptionelle Entwicklung des Gebäudekomplexes an der Siepenstr. 30 Vorlage: B/16/2876-01

Herr Tscharke äußert sein Unverständnis zu der fraglichen Vorlage und spricht insoweit von einem „Chaos vor dem ersten Spatenstich“. Er ist sehr betroffen vom Inhalt der Vorlage und kann nicht nachvollziehen, dass nach der Sitzung des Sozialausschusses am 31.05.2017 neue Standards zu Mehrkosten in Höhe von mehr als 400.000 Euro führen sollen.

Herr Runkler hält die Maßnahmen für sinnvoll, zumal durch den LV Rheinland eine rollstuhlge-
rechte Gestaltung empfohlen wird und bezüglich der Klinkerfassade Folgekosten eingespart werden.

Herr Spiecker weist die „Chaoskritik“ scharf zurück. Allen Mitgliedern des Sozialausschusses muss klar sein, dass es keinen gesetzlichen Zwang zu einer „rollstuhlgerechten Bauweise“ gibt. Deshalb hätte weder der Architekt noch er selbst diesen „Standard“ in der bisherigen Planung berücksichtigen müssen. Die „Rollstuhlgerichtigkeit“ ist vielmehr erst durch die Empfehlung der Vertreter des LVR und durch die Einlassungen der örtlichen WTG-Behörde zum Diskussionspunkt geworden. Dies hat dann im Ergebnis zu der Forderung der Gesellschafter und zu der jetzigen Beschlussvorlage geführt. Herr Spiecker weist auch insoweit die von Herrn Tscharke geäußerte Kritik am Architekten und seiner Person zurück.

Alle Mitglieder des Sozialausschusses sind bereits durch die Vorlage B/16/2525-01 in der Sitzung des Sozialausschusses am 05.04.2017 auf die Sinnhaftigkeit einer Klinkerfassade und die zwangsläufig verbundenen Mehrkosten hingewiesen worden.

Frau Münich teilt mit, dass eine umfassende Recherche der Fachverwaltung durch Befragen anderer Betreiber, der Geschäftsführung sowie Pflegepersonal zu diesem Entscheidungsvorschlag geführt hat.

Frau Walther beurteilt den Antrag als sinnvoll.
Sie bittet um Informationen zu dem zum Ersatzneubau eingegangenen Anschreiben von Bürgern.

Frau Münich teilt hierzu mit, dass ein umfangreicher Fragenkatalog eingegangen ist, der sich derzeit im Bearbeitungsgang befindet. Es wird ein entsprechendes Antwortschreiben gefertigt, in dem alle Antworten der betroffenen Bereiche zusammengeführt werden.

Herr Telli befürwortet grundsätzlich die Änderungen, die aus den Empfehlungen des LV resultieren.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/16/2876-01 ohne Votum vor.

Stadt Oberhausen	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

3. Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung

3.1. Antrag der CDU-Fraktion: "Sachstandsbericht Pflegeheime in Oberhausen"

Herr Jäschke berichtet über den aktuellen Stand.

In Oberhausen gibt es 25 Pflegeeinrichtungen, von denen 6 Einrichtungen in privater und 19 Einrichtungen in freigemeinnütziger Trägerschaft sind.

Von den 25 Pflegeeinrichtungen haben 4 Einrichtungen die ab 01.08.2018 vorgeschriebenen Wohnqualitätsstandards noch nicht umgesetzt.

Mit einer Einrichtung wurde bereits vor 10 Jahren ein Beratungsgespräch geführt. Die Vorgaben können nicht erreicht werden, sodass diese Einrichtung geschlossen wird. Zur Platzkompensation werden zwei Ersatzneubauten errichtet, wobei der erste Ersatzneubau bereits im Mai 2017 den Betrieb aufgenommen hat. Ein zweiter Ersatzneubau befindet sich derzeit im Abstimmungsverfahren.

Bei einer weiteren Einrichtung wird es ebenfalls einen Ersatzneubau geben.

Mit den zwei verbleibenden (privaten) Einrichtungen wurden Beratungsgespräche geführt. Dort bietet das Areal unter Beibehaltung der Platzzahl keinen Raum zur Umsetzung. Eine Reduzierung der Plätze wird von Seiten des Vermieters strikt abgelehnt. Die Option eines Ersatzneubaus an einem anderen Standort in Oberhausen steht noch offen.

Die den anderen 21 Pflegeeinrichtungen haben die Qualitätsvorgaben 2018 bereits umgesetzt.

Herr Tschärke dankt für den Bericht und bittet um Mitteilung, ob die Kapazitäten der Pflegeeinrichtungen in Oberhausen im Hinblick auf die Anforderungen durch das neue Alten- und Pflegegesetz ausreichen werden.

Hierzu teilt Herr Jäschke mit, dass in 2018 die Kapazitäten noch ausreichen werden, da noch genügend Restplätze vorhanden sind. Bis August 2018 wird noch eine neue Pflegeeinrichtung mit 80 Plätzen in Betrieb gehen. Außerdem gibt es immer mal wieder Interessensbekundungen, in Oberhausen eine neue Pflegeeinrichtung anzusiedeln.

Stadt Oberhausen	07.09.2017 15:00 Uhr	Sozialausschuss
	Wahlzeit 2014/2020	Niederschrift
21. Sitzung des Sozialausschusses		
Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72, 46045 Oberhausen		

4. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Telli weist darauf hin, dass aufgrund der Zustände im Concordiahaus und im Gebäude an der Danziger Straße mit dem Kauf des Gebäudes an der Essener Straße eine Perspektive geschaffen wurde und bittet um Mitteilung über den Sachstand.

Frau Münich berichtet hierzu, dass die Erarbeitung eines Gesamtraumnutzungskonzepts für alle Immobilien der Stadtverwaltung noch nicht abgeschlossen ist.

Es besteht jedoch die Möglichkeit, Herr Schmidt oder einen Mitarbeiter des Strategischen Immobilienmanagement zu einem Zwischenbericht in die nächste Sitzung des Sozialausschusses einzuladen.

Durch die Vorsitzende wird der Auftrag eines Zwischenberichtes für die nächste Sitzung erteilt.

Ende der Sitzung: 16:20 Uhr

Kirsten Oberste-Kleinbeck
Vorsitzende

Dorothea Albrecht
Schriftführerin